
Perioden-Tracking als Politikum

Warum Zyklus-Apps in Zeiten des Rechtsrucks gefährlich sind

Technologien für Frauengesundheit wie Apps, die Menstruationszyklen aufzeichnen, boomen. Doch in einer Zeit, in der Frauenkörper zunehmend durch rechtsextreme Kräfte vereinnahmt werden, ist ihre Nutzung riskant.

Von SONJA PETERANDERL

Dünne, normschöne Models im Bikini räkeln sich auf der Webseite von »28« vor Meer- und Regenwaldkulissen. Die zyklusbasierte Wellness-App aus den USA verspricht ihren Nutzer:innen tägliche Trainingsvideos, Ernährungsprofile und auf den Menstruationszyklus zugeschnittene »emotionale Einblicke«. ¹ Auch die Fruchtbarkeitsphasen lassen sich in der App ablesen, Tester:innen zweifeln allerdings an der Zuverlässigkeit der Methode. ² Dennoch boomen Technologien für Frauengesundheit wie Periodentracker: Das Marktforschungsunternehmen Precedence Research schätzt das globale Marktvolumen für den »FemTech«-Sektor 2025 auf mehr als 60 Mrd. US-Dollar, bis 2034 könnte der Markt auf 130 Mrd. Dollar anwachsen. ³

Weltweit setzen Millionen Menschen Periodentracker ein: Die App »Flo« verfügt eigenen Angaben zufolge über 77 Millionen monatlich aktive Nutzer:innen, »Clue« über rund zehn Millionen weltweit. ⁴ Einer Onlineumfrage der Verbraucherzentrale Bundesverband zufolge setzen 2023 in Deutschland rund vier von zehn der befragten Internetnutzer:innen zwischen 18 und 55 Jahren Zyklus-Apps ein. ⁵

Doch wer solche Apps verwendet, gibt intime Daten an die Plattformen weiter - etwa wann die Periode beginnt und endet, teils sogar sexuelle Präferenzen und wie oft jemand Sex hat, wann eine Schwangerschaft beginnt oder endet. Die Preisgabe solch sensibler Daten birgt gerade angesichts des politischen Rechtsrucks und der Kriminalisierung von Abtreibung in vielen Ländern ein nicht unerhebliches Risiko. Daten könnten von App-Anbietern an Techkonzerne wie Google, Meta oder andere Datenhändler weitergegeben, verkauft oder sogar von Strafverfolgungsbehörden ausgewertet werden - etwa um Nutzer:innen zu unterstellen, dass sie eine Abtreibung vorgenommen hätten oder eine solche erwägen.

SONJA PETERANDERL
arbeitet als *Investigativjournalistin* u. a. für *ARD Team Recherche* und ist *Gründerin* des *BuzzingCities Lab*.

1 28 Wellness, Inc., 28.co.

2 The 28 app is a fresh approach to menstrual health - but it shouldn't replace your fertility awareness method, naturalwomanhood.org, 29.2.2024.

3 Femtech Market Size, Share, and Trends 2026 to 2035, precedenceresearch.com, 17.2.2026.

4 Your menstrual cycle decoded, helloclue.com.

5 Nutzung und Bewertung von Zyklus-Apps. Ergebnisse einer internetrepräsentativen Befragung 2023, vzbv.de, 4.10.2023.

»Periodentracking-Apps halte ich für brandgefährlich, weil sie intimste Daten sammeln und immer die Gefahr besteht, dass diese Daten missbräuchlich verwendet werden, ganz abgesehen davon, dass diese Daten ohne das Wissen der Nutzerinnen verkauft werden und in unbefugte Hände gelangen können«, warnt auch die Historikerin Daniela Rütter von der Ruhr-Universität Bochum. »Das geringste Übel wäre eine Nutzung der Daten für Werbezwecke. Aber es bestehen noch ganz andere Gefahren, wenn Daten über die Reproduktionsfähigkeit von politischen Kräften genutzt werden können, die eine bevölkerungspolitische Agenda verfolgen.«⁶

Die politische Instrumentalisierung von Frauenkörpern

Rütter analysiert unter anderem in ihrem 2025 erschienenen Buch »Die Sexbesessenheit der AfD. Rechte im »Genderwahn« rechtsextreme Bevölkerungspolitik und die politische Instrumentalisierung von Frauenkörpern. »Rechtsautoritäre Parteien und Bewegungen fast überall auf der Welt bespielen unverhältnismäßig viel Themen rund um Sexualität und Geschlechtlichkeit«, beobachtet sie. In Deutschland sei es vor allem die AfD, die immer wieder in der Öffentlichkeit und in Parlamenten »Volks«-Vermehrung, Geburtenzahlen, Homosexualität, Transsexualität und Sexuaufklärung auf die Agenda setze.

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland seit 1871 grundsätzlich strafbar, sowohl für die schwangere Person als auch für die beteiligten Ärzt:innen. Das gilt auch für die ungewollte Schwangerschaft und für den frühen Abbruch bis zur zwölften Woche – er ist in Deutschland bis heute nur toleriert, aber weiterhin rechtswidrig. Straffrei bleibt die Frau nur, wenn sie sich beraten lässt und drei Tage wartet, bevor sie mit dem Beratungsschein zu einem Arzt geht. Die AfD bringe Rütter zufolge regelmäßig Anträge in die Parlamente ein, um ihre als Familienpolitik getarnte pronatalistische Politik durchzusetzen. Unter anderem wolle die Partei Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung künftig pronatalistisch beeinflussen und beaufsichtigen.

Der Juristin Liane Wörner zufolge habe es zu Beginn der 20. Legislatur Ende 2021 eigentlich einen Konsens gegeben, dass das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche abgeschafft werden und der Zugang zu dem Eingriff entkriminalisiert werden müsse; Deutschland hatte sich auch an internationalen Abkommen dazu beteiligt. Mittlerweile würden vormals randständige Stimmen diese Liberalisierungen des Schwangerschaftsabbruchs auch in sozialen Netzwerken als linksextremistische Position darstellen und die Debatte verzerren, beobachtet Wörner, Inhaberin des Lehrstuhls für Strafrecht und Rechtstheorie an der Universität Konstanz. Rechtskonservative Tendenzen können, so ihre Befürchtung, in Deutschland zu »einer erheblichen Verschärfung« bei Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch führen. »Jene wird sich zunächst in einer noch deutlich verschärften Versorgungslage zeigen«, erwartet sie. »Wenn inzwischen der Zugang auch zum derzeit rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch durch Kliniken beschränkt wird, so sind das nur erste Vorzeichen. Man wird anschließend versuchen, die rechtliche Auslegung zu verschärfen.«⁷

6 Im Interview mit der Autorin am 23.1.2026.

7 Im Interview mit der Autorin am 15.12.2025. Vgl. dazu auch den Fall des Chefarztes Joachim Volz am Klinikum Lippstadt: Abtreibungsverbot: Chefarzt aus Lippstadt erzielt Teilerfolg, wdr.de, 5.2.2026.

Originell ist die Strategie der Kontrolle von Frauenkörpern und Fortpflanzung indes nicht: »Schon immer kreisten völkische Ideen rund um Mutterschaft, hierarchische Zweigeschlechtlichkeit und patriarchale Familienvorstellungen, immer verbunden mit der Idee eines rassistisch reinen Volkes, was zugleich den Ausschluss von Menschen bedeutet, die nicht dazugehören sollen«, so Rüter. Regenbogenfamilien und selbstständige Frauen würden demnach das Ziel der Bevölkerungsvermehrung bedrohen. Schon die völkischen Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschworen den »Volkstod«, wenn nicht mehr Kinder geboren würden. Während des Nationalsozialismus waren Frauen dem Philosophen Ernst Bloch zufolge auf ihre Funktion als »Gebärmachine« reduziert, wie er in einem Essay über »Die Frau im Dritten Reich« schreibt.⁸ Das nationalsozialistische Regime überwachte die weibliche Fortpflanzung streng: 1936 wurde per Geheimerlass von Heinrich Himmler, Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei, eine »Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung« gegründet, die unter anderem das Aufspüren von Schwangerschaftsabbrüchen zur Aufgabe hatte⁹ - auch eine Meldepflicht für »Schwangerschaftsunterbrechung, Fehlgeburt und Frühgeburt« existierte damals. »Die Förderung der Familie und der klassischen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau [...] geht mit der Einhegung weiblicher Emanzipationsbestrebungen einher«, erklärt die Historikerin Rüter. Sie befürchtet, dass es hierzulande zu ähnlichen Entwicklungen kommen könnte wie in den USA: »Es entsteht der Eindruck, dass Margaret Atwoods bedrückende Dystopie einer Gesellschaft, die Frauen einem Gebärzwang unterwirft, in greifbare Nähe zu rücken droht, wenn die AfD in Regierungsverantwortung gelangt und ihre Pläne umsetzen kann.«

»Die Preisgabe sensibler Daten birgt angesichts des politischen Rechtsrucks und der Kriminalisierung von Abtreibung in vielen Ländern ein Risiko.«

In den USA propagieren die Trump-Regierung und rechtsextreme Kräfte ein konservativ-traditionelles Familienmodell, wollen die Geburtenrate steigern, setzen sich gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche ein, hetzen gegen queere Menschen. »Die Familie ist das Fundament der Zivilisation und die Ehe - die verbindliche Vereinigung von einem Mann und einer Frau - ist ihr Eckpfeiler«, heißt es in einem kürzlich veröffentlichten Strategiepapier des regierungsnahen Thinktanks Heritage Foundation. Der Bericht »Saving America by Saving the Family: A Foundation for the Next 250 Years« macht Vorschläge dazu, wie die Geburtenrate durch politische Maßnahmen wieder gesteigert werden kann - vor allem mit restriktiven Regelungen gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen.¹⁰ 2022 kippte der mehrheitlich konservativ besetzte Oberste Gerichtshof in den USA das fast 50 Jahre lang geltende Grundsatzurteil *Roe v. Wade*, das bundesweit das Recht auf Schwangerschaftsabbruch bis zur Lebensfähigkeit eines Fötus und damit etwa bis zur 24. Schwangerschaftswoche garantierte. Nun liegt die Entscheidung darüber bei

8 Three Essays on German Fascism (1937-1939), Part II. The Woman in the Third Reich, substack.com, 10.12.2025.

9 Ebd.

10 Saving America by Saving the Family: A Foundation for the Next 250 Years, heritage.org, 8.1.2026.

den einzelnen Bundesstaaten, was einen Flickenteppich aus teils sehr restriktiven, andernorts eher liberalen lokalen Gesetzgebungen hervorgebracht hat.¹¹ Bis Ende 2025 galten dem Guttmacher Institut zufolge in 13 US-Bundesstaaten vollständige Abtreibungsverbote mit wenigen Ausnahmen, in sechs Bundesstaaten galten Abtreibungsverbote ab der sechsten oder zwölften Schwangerschaftswoche. In Missouri stellten zudem Abtreibungsbeschränkungen, die zunächst blockiert und später wieder in Kraft gesetzt wurden, große Hindernisse für eine persönliche medizinische Versorgung dar. »In Texas hatte der sogenannte Heartbeat Act auch schon vorher den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch faktisch erheblich erschwert bis unmöglich gemacht. Jetzt greift zudem das Strafrecht«, erläutert die Juristin Liane Wörner. In Texas können Bürger:innen gegen Personen zivilrechtlich auf Schadensersatz klagen, wenn diese einen Schwangerschaftsabbruch unterstützen oder durchführen. Sie erhalten eine Belohnung von 10 000 Dollar, wenn sie die Durchführung von Abtreibungen verhindern. Digitale Spuren, die Hinweise auf Schwangerschaftsabbrüche zulassen, können in solchen Kontexten gefährlich sein. Bereits kurz nach der Entscheidung des US-Supreme Courts fanden sich daher im Netz viele Aufrufe an Nutzer:innen, ihre Menstruations-Apps zu löschen.¹²

Rechtes Business

Besorgniserregend ist auch, dass die menstruationszyklusbasierte Wellness-App »28« aus einem rechten politischen Umfeld stammt, das traditionelle Frauenbilder propagiert. Gründerin Brittany Hugoboom hat ein ganzes Netzwerk von Firmen und Produkten rund um ein rechtskonservatives Konzept von »Weiblichkeit« aufgebaut - als

Gegenentwurf zu modernem Feminismus. Als zentrale Plattform für die Vermarktung der verschiedenen Produkte fungiert Hugobooms Frauenmagazin »Evie«, das als eine Art konservative »Cosmopolitan« beworben wird. Ihre menstruationsbasierte Wellness-App wurde 2022 erst unter dem Namen »28byEvie« auf den Markt gebracht und später zu »28« abgekürzt. Für die Historike-

»Digitale Spuren, die Hinweise auf Schwangerschaftsabbrüche zulassen, können gefährlich sein.«

rin Annika Brockschmidt ist »Evie« der »rechte Troll unter den Frauenmagazinen«. »Oberflächlich betrachtet wirkt Evie wie ein typisches Hochglanzmagazin«, schreibt Brockschmidt in einer Analyse für die Schweizer Onlineplattform »Republik«. »Tatsächlich ist es ein Propagandablatt für Frauen, das völkisches Denken und rassistische Narrative zelebriert.«¹³ Das Magazin porträtiert unter anderem Frauen, die den Tradwife-Lifestyle verkörpern, aber auch rechtsextreme Politikerinnen als Vorbilder.

Auch der US-Tech-Investor Peter Thiel hat in die App von Hugoboom investiert. Der Multimilliardär beeinflusst den rechtsextremen Kurs in den USA maßgeblich mit, er gilt als mächtiger Strippenzieher und Förderer radikaler republikanischer Politiker:innen, darunter auch von Donald Trump und JD Vance. Er ist Mitgründer

11 Vgl. dazu auch: Anne Britt Arps, »Your body, my choice«: Kampf um Abtreibung in den USA, in: »Blätter«, 4/2025, S. 97-105.

12 Vgl. Janne Knödler, Warum Frauen in den USA ihre Zyklus-Apps löschen, spiegel.de, 2.7.2022.

13 Annika Brockschmidt, Der rechte Troll unter den Frauenmagazinen, republik.ch, 3.6.2025.

der KI-Überwachungsfirma Palantir, deren Software sich auch die US-Regierung bedient, um Migrant:innen in den USA zu überwachen.¹⁴ Zwar weist die Betreiberfirma der App 28 - 28 Wellness - auf ihrer Webseite darauf hin, dass Daten weitergegeben werden könnten, »um gerichtlichen Anordnungen, Gesetzen oder rechtlichen Verfahren nachzukommen, einschließlich der Notwendigkeit, auf behördliche oder regulatorische Anfragen zu reagieren, jedoch nur im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang«. »Wir werden Ihre personenbezogenen Daten niemals freiwillig an Behörden weitergeben«, heißt es dort.¹⁵ Nutzer:innen sollten bei solchen Datenschutzversprechen von Menstruations- und Fruchtbarkeitstrackern, die intime Daten speichern, aber dennoch höchst skeptisch sein, erst recht, wenn diese aus einem rechten politischen Umfeld stammen.

Einige Vorfälle aus der Vergangenheit haben bereits Lücken beim Datenschutz durch App-Anbieter und Techkonzerne offenbart. In Kalifornien kam im vergangenen Jahr ein Gericht zu dem Schluss, dass Meta illegal intime Gesundheitsinformationen von Millionen Frauen, die Nutzer:innen der Periodentracking-App Flo Health waren, für Werbezwecke genutzt hat. Über einen versteckten Tracker waren Daten offenbar ohne Wissen und Zustimmung der Nutzer:innen an den Techkonzern geleitet worden - trotz gegenteiliger Datenschutzversprechen.¹⁶ Auch pure Nachlässigkeit von Techfirmen kann Menschen in Regionen mit strengen Gesetzen zum Schwangerschaftsabbruch zum Verhängnis werden.

Google versprach 2022 etwa, Daten zum Standort von Nutzer:innen in den USA automatisch zu löschen, wenn diese eine Abtreibungsklinik besucht hatten. Doch ein Test der Organisation Accountable Tech offenbarte eineinhalb Jahre nach dieser Ankündigung, dass der Konzern rund die Hälfte solcher Standortdaten nicht sofort gelöscht hatte.¹⁷

Brisant ist auch, dass sich die großen Techkonzerne wie Meta, Google, Amazon oder Apple mittlerweile offen als Partner der rechtsextremen US-Administration positionieren. Der politische Kurswechsel spiegelt sich auch in inhaltlichen Entscheidungen, etwa beim Content-Management durch die Meta-Plattformen Instagram, Facebook und Whatsapp, wider: Die NGO Repro Uncensored sammelte 2025 mehr als 200 Vorfälle, in denen queere Inhalte, aber auch Hinweise auf Organisationen und Hotlines, die bei Schwangerschaftsabbrüchen beraten, gelöscht oder gesperrt wurden - im vergangenen Jahr waren es immerhin 81 an der Zahl. »Im vergangenen Jahr, insbesondere seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten, haben wir einen deutlichen Anstieg der gelöschten Accounts festgestellt - nicht nur in den USA, son-

»Die großen Techkonzerne wie Meta, Google, Amazon oder Apple positionieren sich offen als Partner der rechtsextremen US-Administration.«

14 Vgl. dazu auch: Sonja Peteranderl, Das Überwachungsimperium. Wie sich die deutsche Polizei von Peter Thiels Palantir-Software abhängig macht, in: »Blätter«, 8/2025, S. 91-96.

15 Privacy Policy, 28.co, 8.5.2023.

16 Andjela Milivojevic, Meta 'eavesdropping' case shows how period apps have become a data goldmine, the-bureauinvestigates.com, 3.9.2025.

17 Johana Bhuiyan, Google promised to delete location data on abortion clinic visits. It didn't, study says, the-guardian.com, 17.1.2024.

dern weltweit«, sagte Martha Dimitratou, Geschäftsführerin von Repro Uncensored, gegenüber dem »Guardian«. ¹⁸

Grundsätzlich hält Liane Wörner Apps, die Daten zur Menstruation tracken, durchaus für eine gute Idee: »Wissen und Reflexion über die eigene Periode können für Frauen bzw. gebärfähige Personen von großer Relevanz sein«, glaubt die Juristin. »Apps können helfen, Daten zur eigenen Gesundheit zu erfassen, Verläufe zu strukturieren und im Falle von ungleichmäßigen Verläufen und regelmäßig auftretenden Beschwerden Medikamentierungen zu bestimmen, die den Gesundheitszustand erheblich verbessern.« Die Technologien könnten auch einen Beitrag dazu

leisten, die Forschung über Gesundheit von Frauen insgesamt zu verbessern. Es müsse jedoch verhindert werden, dass die Daten in die falschen Hände geraten oder zu Überwachungszwecken ausgewertet werden - etwa, wenn die Anwendung von Menstruationstracking zur Pflicht und die Auslese der Daten sogar Teil einer Offenba-

»Die Daten in den Apps sollten einem strengen Arztgeheimnis unterliegen.«

rungspflicht werden würde. »Der Umgang mit Software und die Bestimmung ihres Anwendungsfalls ist eine Frage des Datenschutzes und der Datenkontrolle; es spricht nicht gegen die Software selbst«, urteilt Wörner. »Die App-Anwendungen als solche sollten deshalb nicht verboten, sondern der damit einhergehende Datenschutz und die Datenkontrolle gestärkt und die Verantwortung in die Hand der Nutzer:innen gegeben werden, da die Apps höchst private Inhalte betreffen.« In die Apps eingetragene Daten sollten zudem einem strengen Arztgeheimnis unterliegen, wenn die Ergebnisse daraus mit Ärzt:innen geteilt werden. Für Gerichtsverfahren müsse ein Beweisverwertungsverbot gelten.

Während es in der EU durchaus Gesetze gibt, die Datenschutz und Plattformen regulieren, ist die Sicherheit der intimen Daten, die Nutzer:innen in Menstruations-Apps eingeben, bisher nicht weltweit garantiert. Zudem ist unklar, wie sich das politische Szenario international entwickeln wird. In der Praxis ignorieren viele Nutzer:innen von Periodentrackern heute die potenziellen Risiken. Eine Untersuchung der Einstellung von Nutzer:innen zum Risiko von Perioden-Tracking-Apps durch neuseeländische Wissenschaftler:innen ergab, dass etwa die Hälfte der Teilnehmer:innen gar keine Bedenken hinsichtlich ihrer Daten hatte. Andere Befragte waren besorgt um ihre Daten und versuchten teilweise das Risiko zu minimieren, indem sie möglichst wenige Daten in die App eingaben. Oft fanden sich besorgte Nutzer:innen von Periodentrackern jedoch letzten Endes einfach mit der unkontrollierten Weiterverwendung ihrer Daten ab. ¹⁹ Umso wichtiger ist es, das Bewusstsein für die Risiken solcher Apps zu schärfen und rechtliche Regulierungen auf den Weg zu bringen, die den Datenschutz der Nutzer:innen stärken. Andernfalls könnte der rasant wachsende Fem-Tech-Sektor die Daten von Millionen Frauen an politisch motivierte Akteure ausliefern. ◻

18 Aisha Down, Meta shuts down global accounts linked to abortion advice and queer content, theguardian.com, 11.12.2025.

19 Popular period-tracking apps can hold years of personal data - new NZ research finds mixed awareness of risk, waikato.ac.nz, 19.6.2025.